

**Abo-**  
nementspreis  
mit der Sonntags-Beilage „Welt  
der Arbeit“ seines. Beigefügt  
ist W. bei Weißkohle in den  
abgeholtenen 60 W. pro Monat.  
Durch die Welt bezogen (Sach-  
geschäft 6527) vor Sächsische  
W. 2,80. Unter freudigem Sie-  
gessang und Gefechtsliedern  
5,80, für das Urteile Wissens 7,80,  
pro Sächsischen.

**Redaktion:**  
Swingerstraße 22, part.  
**Speditions**  
mit Wochenzug von 12 bis 1 Uhr.  
Telefon: Kast 1, Nr. 1769.  
**Teleg. Adress:**  
Arbeiterzeitung Dresden.

# Sächsische

# Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 45.

Dresden, Donnerstag den 23. Februar 1899.

10. Jahrg.

**Arbeiter!** Während ein jeder unter Euch, der mit seinen Klassengenossen zu fühlen und zu denken gelernt hat, auf das Tiefste erschüttert wurde durch das furchtbare Urteil im Löbtauener Prozeß, während die Arbeiterpresse in ganz Deutschland genau wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ hier in Dresden Eure Kampf- und Leidensgenossen über jenes Urteil und die schweren Mißstände unserer Rechtspflege überhaupt aufklärt,

**beschönigen die bürgerlichen Zeitungen alle jene Vorgänge und vertuschen die Fälschungen des „Dresdner Journals“,**

das wir entlarvt haben und das bis heute die Sprache noch nicht wieder gefunden hat.

Und diese jeder Besserung der Arbeiterverhältnisse feindliche Presse, die fortgesetzt die Arbeiterjache schmäht, wird noch in Tausenden von Arbeiterfamilien gehalten und gelesen. Wo Ihr solche ihr eigenen Interesse schädigende Arbeiterfamilien antrefft, da klärt sie auf. Fort mit der arbeiterfeindlichen Presse aus dem Arbeiterhause! muß die Lösung der gesamten Arbeiterschaft sein. Sorgt dafür, daß an die Stelle jener volksvergiffenden Lektüre die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ tritt, Euer eigenes Blatt, das Eurem Wohl dient und für Eure Rechte kämpft!

**Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbet für Eure Zeitung!**

## Galizische Skandale.

Wien, am 20. Februar.

-**Ob-** Seit mehr als vierzehn Tagen dauert der Ansturm der Einleger auf die Lemberger Sparkasse. Aus der näheren und ferneren Umgebung der Landeshauptstadt eilen die Bauern, die Ladner und Handwerker herbei, um ihr kleines, mühsam erworbenes Spargut vor dem Zusammenbruch des Kredits anstoßen zu retten. Gerüchte von einer schleuderhaften Gebarung, von dem gefährdeten Stand der Sparkasse begannen sich seit Wochen in der Stadt und von da aus über die Landbevölkerung zu verbreiten; außerhalb Galiziens wurde erst durch den Ansturm selbst die Aufmerksamkeit auf diese Sache gelenkt. Und da entschloß sich denn eine nette kleine Panamafaire, eine jener Schwindel- und Korruptionsgeschichten, an denen die Verwaltung des bedauernswerten Schlachzonenlandes überreich ist. Zuerst versuchte man noch zu beschönigen und zu vertuschen. Die offiziösen Verlautbarungen versicherten, daß für die Einleger nicht die mindeste Gefahr vorhanden sei, die an die Raphaelsma-Szczepanowski, Wolfski und Obrzywolski ausgeliehenen Summe betrage wohl über zwei Millionen, doch sei die Sparkasse durch ihren Reservefonds in der Höhe von mehr als vier Millionen vor jeder Gefahr bewahrt, die Sparkasse lasse überdies den gesamten Schuldbertrag auf die liegenden Güter der Schuldner hypothekarisch sicherstellen, und sei so überhaupt vor jedem Schaden behütet. Diese Beleidigungsschläge hielten jedoch nicht lange vor. Schon bald zeigte sich, daß die den drei Raphaelsunternehmen geliehenen Summen weit größer waren, sie erreichten die ungeheure Höhe von 5.900.000 Gulden, das heißt nahezu 10 Millionen Mark. Man hatte den drei Herren also nicht nur den gesamten Reservefonds, der kaum vier Millionen betrug, ausgeliefert, sondern auch von den Einlagen, also nur anvertrautem Gelde, gegen zwei Millionen. Über das war noch nicht alles. Das Portefeuille der Sparkasse enthält für mehrere Hunderttausend soule Wechsel, darunter die Wechsel zahlreicher Sparkassenbeamten. So fiel auch das romantische Märchen zusammen, der Direktor Simma, der ein unbefriedigtes Vertrauen genoß, habe sich ganz von Szczepanowski einnehmen lassen, außer ihm habe jedoch niemand von den angebesserten Unternehmungen gewußt. War es schon von vornherein unmöglich zu denken, die Kontrolle habe von Finanzbeamten nichts gewußt, die sich auf mehrere Jahre erfreuten und über den gesamten Reservefonds der Kasse hinaus noch Millionen des Sparkassenguts der Einleger in Mitleidenschaft zogen, so bekannten jetzt die faulen Wechsel der Sparkassenbeamten, daß es sich um eine noch dazu sehr wohl bezahlte Mittwohnschaft handelte.

Der ganze Handel ruft in Österreich überall das größte Aufsehen hervor. Galizische Korruptionsschläge sind wahrlich nichts Unschönes, aber daß ein gemeinverständiges Institut drei Spekulanten einen Personalkredit von nahezu 6 Millionen Gulden gewährt habe, ohne um eine Sicherstellung besorgt zu sein und daß eine solche Schuldenwirtschaft unter offenbar sträflichem Wissen der gesamten Bevölkerung durch fast vier Jahre ungestört fortdundern könne, das schien denn doch selbst für galizische Verwaltungsaufzähler etwas zu arg. Die Sache ereigte auch durch die beteiligten Personen besonderes Interesse. Szczepanowski, der Hauptheld der Affäre, der allein 3 Millionen der Sparkasse entstehen hatte, war bis zu den letzten Neuwalchen Mitglied des reichsrätslichen Polenclubs gewesen, und zwar eins der hervorragendsten Mitglieder; er war wiederholt der Budgetreferent, wiederholt Mitglied der Delegationen gewesen. Sein Mandat im Landtag hatte er noch inne. Da es sich um eine so einschlägige Person handelte, so mußte das sonderbare Benehmen der Behörden umso mehr auffallen. Schon im Jahre 1896, so erzählt man jetzt, hatte der damalige Regierungskommissar Statthalterei von Kleberg, der die Staatsaufsicht über die Sparkasse zu führen hatte, gegen die leichtfertige Kreditausgabe an Szczepanowski und Genossen Einspruch erhoben, damals handelte es sich um ungefähr 2 Millionen. Zu jener Zeit war aber noch der Schlachzonenhauptmann Babiński Ministerpräsident, der vorlaute Spielverderber wurde strafweise verurteilt, und an seine Stelle kam ein Mann, der besser zu schweigen verstand. Als sich im Anfang Januar die Gerichte von der Zahlungsunfähigkeit der Sparkasse verbreiteten und bald darauf der Ansturm der Einleger begann, da ließ die Babiński Behörde noch immer nichts von sich hören, obwohl doch auch die Gefahr nicht ausgeschlossen war, daß, wenn die Sparkasse die erzielten Gewinne aufzehrte, die später

komenden ihr ganzes eingelegtes Gut einzubüßen. Erst als der Skandal in ganz Österreich das Tagesgespräch bildete, begann es wohl gelegentlich vor, daß sie wegen der Teilung der Beute in Streit geraten, aber die Anrufung der Gerichte ist in solchen Fällen natürlich ausgeschlossen. Bei den polnischen Junkern läßt sich dieser Grundzug um so leichter durchführen, als die Richter hier die Brüder und Vetter der Diebe sind.

Was aber sagt die österreichische Regierung zu alledem? In der sonstigen österreichischen Verwaltung geht es doch lediglich europäisch zu, warum duldet sie in Galizien dieses unehrenhafte Skandaltheater, die asiatische Diebes- und Bestechungswirtschaft, die Beamtenkorruption, die am lichtesten Tage bloß geht? Einfach deshalb, weil die österreichische Regierung in Galizien nichts zu sagen hat. Galizien ist in der That vollständig „autonom“, das heißt, der polnischen Junkerherrschaft zur ungehörten und unverantwortlichen Ausbeutung preisgegeben. Sie hat die Verwaltung und die Gerichte in der Hand, selbst die Universitäten müssen ihr für Kunstler und et cetera vorhandene nicht ganz annehmbare Verteilungsschemen liefern. Es ist die wiederhergestellte polnische Adelsrepublik mit dem jeweiligen Statthalter als Präfekten an der Spitze. Die Verbindung mit dem übrigen Österreich wird hergestellt durch die „polnische Delegation im Wiener Reichsrat“, durch den Polenclub, der mit der österreichischen Regierung, in der er durch einen Landsmannminister vertreten ist, in einem gebliebenen Austauschverhältnis steht. Er bildet die Regierungspartei jedes Ministeriums, heißt es nun Taaffe, oder Windischgrätz, oder Badeni, oder Thun, und empfängt dafür Liebesgaben auf Kosten der österreichischen Steuerzahler in Form von Petroleumöl, Eisenbahnconcessionen usw., außerdem setzt Prämien in allen „Zentralstellen“.

Mit diesen „kleinen Mitteln“ begnügen sich natürlich unkundige Junker nicht, doch haben sie es. Gott sei Dank, nicht nötig, die „größten Mittel“ in phantastischen Staatsmonopolplänen zu suchen; ihr großes Mittel ist einfach der Diebstahl und Betrug im großen. Sie haben die Hände in allen Finanzinstituten des Landes und schöpfen in regelmäßigen Zwischenräumen die aufgesammelten Erspartisse der Bauern und Kleinbürger ab, sie sind bei jedem Gründungs- und dem im bedrohten Grenzlande besonders ergiebigen Bieferungsschwindel beteiligt, die Steuerhinterziehung ist ein förmlich anerkanntes Vorzugsberecht der Schlacht. Gelegentlich greift ihr Thatendrang über die Grenzen der Heimat hinaus, so vor vier Jahren, als Abgeordnete des Polenclubs durch einen geschilderten Bericht über eine Audienz des Kaisers eine Bank an der Wiener Börse hervorriefen. Unter den polnischen Schlachzonen und ihrem Anhang gibt es, wenigstens so weit sie im öffentlichen Leben hervortreten, auch nicht einen, der keine Hände hätte, auch nicht einen persönlich anständigen Menschen. Der Führer der galizischen Antisemiten, Pater Stojanowski, übrigens selbst ein in jeder Beziehung verkommenen Mensch, der seit neuestem mit dem Polenclub wieder vereinigt zu sein scheint, erzählte kürzlich, wie er wiederholt vom fröhlichen und jungen Statthalter aus Landesmitteln gelauft wurde. Das Geschäft mit dem Statthalter Pinitski habe sich aber verschlagen, weil ihn Pinitski zu billig laufen wollte. Stojanowski ist übrigens ein Beweis dafür, daß der polnischen Schlacht nicht nur die staatlichen, sondern auch die kirchlichen Behörden vollständig zur Verfügung stehen. Als Stojanowski Agitation vor den Wahlen der Schlacht unverdeckt war, wurde er nicht nur vom Staatsanwalt verfolgt und mußte sich samt seinem Blatte nach Ungarn flüchten, sondern er wurde auch von Rom aus excommuniciert. Als er sich dann dem Polenclub läßlich unterwarf, wurde er in alle seine kirchlichen Rechte und Würden wieder eingesetzt und der Staatsanwalt zog sich bescheiden zurück. Dem Abgeordneten Szaier, einem Anhänger Stojanowskis, verschaffte seine Unterwerfung unter den Polenclub nicht nur die Begnadigung, sondern auch die Gültigkeitsserklärung seines durch die Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung verirrten Mandats. Der Abgeordnete von des Polenclubs Graue dankte dem Schlachzonenführer Szaier mit Zufall und Handkuss.

So weit geht die Ohnmacht der Regierung dem Polenclub gegenüber, daß sie selbst das Allerheiligste des modernen Staates, den Militarismus, vor den Diebstählen der polnischen Junker nicht zu beschützen vermag. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dąbrowski klage den Grafen Starzeński, Bezirkshauptmann in dem Grenzbezirk Podgorze, in Parlament und Presse öffentlich des Amtmissbrauchs, des Hypothekentouchoers und des Expressions an, überdies der Teilnahme an einem Konsultations-

**Unterseite**  
nehmen die 6 gekaufte Zeitung  
oder deren Name mit 15 W. be-  
zahlt und bei entsprechender  
Überziehung wird Weitheit gewährt  
Berechnung 10 W. Unterau-  
ßen müssen 10 Spalten bei 10 W.  
füllt in der Uebersicht abgedruckt sein  
und sind im Konsul zu bezeichnen.

**Eigendition:**  
Swingerstraße 22, part.  
Geschäftsjahr von morgen 8 bis  
abends bis 8 Uhr.  
Telefon: Kast 1, Nr. 1769.  
Gezeichnet täglich mit Aufnahme der  
Gemeinde und Zeitung.